

nen ungünstigen Eindruck hinterlassen habe“ und versuchte seinem deutschen Partner zu erklären, dass für die cisleithanische Regierung nicht bloß die Meinungen der österreichischen Deutschen und gegebenenfalls der Magyaren maßgeblich seien, sondern sie auch die Standpunkte der Polen und Tschechen in Betracht ziehen müsse.²⁹ Selbstverständlich konnte Aehrenthal nicht ernsthaft erwarten, dass der deutsche Kanzler zur Bewahrung der Bündnisstabilität in den polnischen Gebieten eine Veränderung seiner Politik vornehmen würde. Auf der anderen Seite stimmt es, dass Bülow unter den gegebenen Umständen nur sehr wenig Verständnis für die Probleme des Vielvölkerstaates gezeigt hatte und es in nicht gelungen war, den Gang der Dinge so zu arrangieren, dass sie wenigstens Aehrenthals weitgehend taktischen Forderungen entgegenkamen. Die ganze Angelegenheit hat das Verhältnis zwischen Wien und Berlin, wenn es sich dabei auch um keine „hohe Politik“ auf dem internationalen Parkett gehandelt hat, nicht im positiven Sinne beeinflusst.

Was die weitere Wirkung der polnischen Frage auf die Beziehungen zwischen Wien und Berlin vor dem Ersten Weltkrieg anbelangt, ist es notwendig der Ansicht zuzustimmen, dass „Österreich-Ungarn hatte ... in der Außenpolitik, insbesondere in der polnischen Frage, keine große Bewegungsfreiheit. Es konnte sich nicht ständig von seinen beiden früheren Partnern aus der Zeit der Teilungen Polens distanzieren“.³⁰ Weil Österreich-Ungarn die Unterstützung Deutschlands auf der internationalen Bühne ständig brauchte, musste sich Wien in dieser Hinsicht sehr vorsichtig verhalten.

Die österreichisch-ungarische Diplomatie und die Präsidentschaftswahlen in den USA im Jahre 1916

VÁCLAV HORČIČKA

Das Jahr 1916 brachte sowohl auf den Schlachtfeldern des Ersten Weltkrieges als auch außerhalb zahlreiche bedeutende Ereignisse. Während an der Somme, bei Verdun und an der Ostfront Hunderttausende, ja sogar Millionen Soldaten verbluteten, erlebten die USA einen sehr ungewöhnlichen Wahlkampf vor den Präsidentschaftswahlen. Eine wesentlich größere Aufmerksamkeit als üblich kam nämlich der Außenpolitik des Landes zu, das zwar 1914 offiziell seine Neutralität erklärt hatte, in Wirklichkeit jedoch aus verschiedenen Gründen tiefer und tiefer in den Krieg hineingezogen wurde.

Der überwiegende Teil der dortigen Eliten sympathisierte mit der Entente, und die amerikanische Industrie trug in steigendem Maße zu deren Kampfanstrengungen bei. Außenminister Robert Lansing notierte bereits im Sommer 1916 in seinem Tagebuch, weil Deutschland die Demokratie bedrohe, „tritt dieses Land (die USA – Anm. V.H.) dann in den Krieg ein, wenn offensichtlich wird, dass Deutschland einem Sieg näher kommt“. Die Lieferungen von Kriegsmaterial an die Entente während der ersten beiden Kriegsjahre stiegen trotz gewisser Beschränkungen schnell an.² Wie Priscilla Roberts anführt, stammten Ende 1916 etwa 60% des britischen

29) Ebenda.

30) BATOWSKI, S. 548.

1) Diese Studie ist ein Ergebnis von Forschungen im Rahmen des Forschungsprojekts MSM 0021620827 *Die Tschechischen Länder inmitten Europas in der Vergangenheit und heute*, dessen Träger die Philosophische Fakultät der Karlsuniversität ist.

2) Die einzelnen Neutralitätserklärungen verboten beispielsweise die Lieferung von Schiffen und Flugzeugen zum Zwecke des Kampfeinsatzes an die Krieg führenden Länder. Ein Exemplar der Kriegserklärung zwischen Italien und Österreich-Ungarn beigelegt zu Dumba an Burián, 4. 6. 1915, No. 2066/I, Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien (weiterhin nur HHStA), Administrative Registratur (weiterhin nur AR), Fach 36, Karton 364 (weiterhin nur Kt. F336/364).

Kriegsmaterials aus „nordamerikanischen Quellen“.³ Dazu war es ungeachtet der von Präsident Woodrow Wilson erklärten Politik der Neutralität gekommen. Den amerikanischen Befürwortern eines Waffenexportverbotes hatte Wilson übrigens bereits im Winter 1915 mitgeteilt, dass ein eventuelles Embargo den Prinzipien der strikten Neutralität widerspräche.⁴ Es würde die Entente um den sich aus der Übermacht auf dem Meer ergebenden Vorteil bringen.

Österreich-Ungarn und Deutschland reagierten auf die wachsende Unterstützung der Entente durch die USA beunruhigt. Sie bemühten sich deshalb, diesem Trend sowohl durch Aktivitäten auf dem Territorium der USA als auch durch Versuche zur Einschränkung des Nachschubs an Lieferungen mit militärischen Mitteln zu begegnen. Österreich-Ungarn übergab im Juli 1915 dem amerikanischen Botschafter in Wien, Frederik C. Penfield, eine Protestnote, in der es die Beendigung der Ausfuhr von Kriegsmaterial forderte.⁵ Die Vereinigten Staaten lehnten diesen Antrag Wiens mit der Begründung ab, sie selbst „haben sich immer auf das Recht verlassen, im Falle eines Angriffs von außen in neutralen Ländern Waffen und Munition zu kaufen. Dieses Recht, das sie für sich selbst beanspruchen, können sie anderen Ländern nicht absprechen“.⁶

Neben den Versuchen, die USA mit konventionellen diplomatischen Mitteln zu einer Kursänderung zu bewegen, bemühten sich die österreichisch-ungarischen diplomatischen Vertretungen, ihr Ziel auch mit ungewöhnlicheren Methoden zu erreichen. Botschafter Constantin Dumba schloss sich den parallel verlaufenden Bemühungen einiger deutscher Diplomaten an die amerikanische Waffenproduktion mit Hilfe von Angestellten der Munitionsfabriken österreichisch-ungarischer Abstammung zu stören. Ein Teil der Korrespondenz, die der Botschafter in dieser Angelegenheit mit Wien

führte, geriet jedoch Ende 1915 in die Hände der Briten, und das entrüstete Washington zwang daraufhin Österreich-Ungarn, Dumba abuberufen.⁷

Die Dumba- bzw. Archibald-Affäre⁸ fügte den Beziehungen zwischen Wien und Washington zwar Schaden zu, die wirkliche Bewährungsprobe stellte jedoch erst die Krise vom November und Dezember 1915 wegen der Versenkung des italienischen, unter österreichisch-ungarischer Flagge fahrenden Dampfers *Ancona* durch ein deutsches U-Boot dar.⁹ Bei dem Angriff, zu dem es im Mittelmeer kam, verloren neun Bürger der USA ihr Leben.¹⁰ Es brach ein Streit aus, in dessen Verlauf Lansing dem amerikanischen Präsidenten sogar den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Österreich-Ungarn empfahl.¹¹ Wien zog sich jedoch nach anfänglichem Zögern auf Anraten seines deutschen Verbündeten zurück. Es übernahm die Verantwortung für diesen Zwischenfall und versprach, den Geschädigten eine Entschädigung zu zahlen.¹²

Die Krise um die Versenkung der *Ancona* zeigte, welchen Schaden der U-Bootkrieg den Mittelmächten zufügte. Wien und Berlin schwankten einerseits zwischen ihren Bemühungen, die Versorgung der Entente durch die USA zu verkomplizieren, andererseits fürchteten sie die Reaktion Washingtons. Größere Kampfeslust legte dabei Berlin an den Tag, im Herbst

3) P. ROBERTS, *The Anglo American Theme: American Vision of an Atlantic Alliance, 1914-1933*, Diplomatic History, 2, 21 (1997), S. 333-364.

4) Dumba an Burián, 25. 2. 1915, No. 10-B/pol., HHStA, PA, Kt. 897 Liasse Krieg 7a U. S. A. 1914-1917 7b USA 1915-1916 (weiterhin nur 897 P. A. I).

5) Note des k. und k. Ministers des k. und k. Hauses und des Äussern an den Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Wien, 29. 6. 1915, HHStA, PA, Kt. 843 Liasse Krieg 4c Deutschland 1915 (weiterhin nur Kt. 843 P. A. I).

6) Note USA, 16. 8. 1915, No. 2758, HHStA, PA, Kt. 843 P. A. I.

7) Vgl. V. HORČIČKA, *Vztahy Rakousko-Uherska a Spojených států amerických v období první světové války*, Praha 2007, S. 61 ff.

8) Der amerikanische Journalist Francis J. Archibald überführte das von den Briten entdeckte Material von den USA nach Europa.

9) Der Grund war, dass zu dieser Zeit Deutschland im Unterschied zu Österreich-Ungarn nicht im Krieg mit Italien war. Deutsche U-Boote operierten im Mittelmeer auf der Grundlage einer Vereinbarung beider Marineführungen von den Basen Pula und Kotor aus. H. H. SOKOL, *Österreich-Ungarns Seekrieg 1914-18*, Zürich, Leipzig, Wien 1933, S. 337.

10) Nine Americans Lost on the Ancona, *The New York Times*, 15. 11. 1915, s. 1 a T. N. Page an Wilson, 18. 12. 1915, Papers Relating to the Foreign Relations of the United States (weiterhin nur FRUS) 1915, Supplement (weiterhin nur Suppl.), Washington D. C. 1928, S. 646.

11) Lansing an Wilson, 28. 12. 1915, FRUS, The Lansing Papers 1914-1920, Vol. I., Washington D. C. 1939, S. 507-508.

12) Burián an Lansing, 29. 12. 1915, FRUS, 1915 Suppl., S. 655-658.

1915 jedoch war es umgekehrt.¹³ Ab Jahresbeginn 1916 nahm Österreich-Ungarn dann definitiv eine vorsichtige Haltung gegenüber den Vereinigten Staaten ein und rief auch Deutschland dazu auf.

Im Herbst 1916 versuchte Wien, Deutschland von einem unbegrenzten U-Bootkrieg abzubringen, dessen Befürworter mit dem Aufstieg der Generäle Paul von Hindenburg und Erich Ludendorff in die Armeespitze mächtige Unterstützung fanden. Der österreichisch-ungarische Außenminister, Baron Stephan (István) Burián, war davon überzeugt, dass die Vereinigten Staaten sehr hart reagieren würden.¹⁴ Wiens Befürchtungen hinsichtlich der Folgen eines Kriegseintritts der USA wurden immer größer. In einem für interne Zwecke des Außenministeriums verfassten Memorandum wurde angeführt, dass „ein Eingriff der USA unter den gegenwärtigen Umständen unsere sichere Niederlage bedeutet“.¹⁵

In der eingetretenen Situation stieg aus der Sicht Wiens die Bedeutung der Präsidentschaftswahlen, die am 7. November 1916 in den USA stattfinden sollten. Eine Chance, gewählt zu werden, hatten im Prinzip zwei Personen, keine von ihnen stellte jedoch eine Garantie dafür dar, dass die USA sich auch weiterhin aus dem Krieg heraushalten würden. Sein Mandat verteidigte Woodrow Wilson, der Kandidat der Demokratischen Partei. Sein Herausforderer war der republikanische Kandidat Charles E. Hughes, Richter am Obersten Gericht der USA.

Die Politik des amtierenden Präsidenten führte in Wien zu wachsender Unzufriedenheit. Bereits im Frühjahr 1915 konstatierte Dumba, „der Präsident habe ferner alles Vertrauen in seine Unparteilichkeit seitens unserer Gruppe und mithin die Möglichkeit verloren als Friedensvermittler die große Rolle, zu der er berufen schien, zu spielen“.¹⁶

Der Präsident hatte schon seit Kriegsbeginn mit dem Gedanken an eine Vermittlung gespielt, und hin und wieder hatte er auch der Donaumonarchie in seinen Erwägungen einen wichtigen Platz eingeräumt. Im

Herbst 1914 fand beispielsweise ein interessanter Meinungs austausch zwischen Dumba und dem Vertrauten Wilsons, Oberst Edward House, statt. Der Oberst schlug im Prinzip vor, dass die Krieg führenden Parteien mit amerikanischer Hilfe einen Frieden auf der Basis des *status quo ante bellum*¹⁷ schließen sollten. Wegen des mangelnden Interesses der Kriegsparteien führte die Initiative zwar nicht zum Erfolg, Wilson und House setzten jedoch ihre Anstrengungen fort. In den Jahren 1915 und 1916 unternahm der Oberst Reisen nach Europa. Aber auf keiner einzigen besuchte er Wien, und von den Mittelmächten bedachte er nur Deutschland mit seiner Aufmerksamkeit, das er für den einzigen wirklichen Akteur im Vierbund hielt.¹⁸ Trotz seiner erklärten Unparteilichkeit war House probritisch orientiert. Im Februar 1916 schloss er mit dem britischen Außenminister Grey eine geheime Vereinbarung, in der sich die USA verpflichteten, wahrscheinlich in den Krieg einzutreten, falls Deutschland nicht auf ihr zukünftiges Friedensangebot eingehen sollte.¹⁹

Österreich-Ungarn hegte für die Wilson-Regierung nach den Streitigkeiten um die Aktivitäten des Botschafters Dumba und dem Untergang der *Ancona* nur wenig Sympathie, versuchte aber gleichzeitig, den Kriegseintritt der USA zu verhindern. Im Mai 1916 begrüßte Wien deshalb die Zugeständnisse Deutschlands hinsichtlich des U-Bootkriegs.²⁰ Der sonst eher gemäßigte *chargé d'affaires* in Washington, Baron Erich Zwiedinek, betrachtete jedoch Wilsons Sieg im Streit mit Deutschland als für die Mittel-

13) In der deutschen Admiralität setzte sich kurzzeitig der mäßigende Einfluss von Diplomaten und eines Teils der Heeresleitung durch, die negative Folgen eines möglichen Kriegseintritts der USA befürchteten. Hohenlohe an Burián, 6. 9. 1915, No. Z.81-B/P, HHStA, PA, AR, Kt. F 36/359.

14) Burián an Hohenlohe (Botschafter Berlin) 1. 9. 1916, No. 4272, HHStA, PA, Kt. 503 Liasse XLVII/3 (15–16): Krieg 1914–1918 (weiterhin nur 503 P. A. I).

15) Molden, Memorandum „Die Frage des Unterseekrieges“, HHStA, PA, Kt. 503 P. A. I.

16) Dumba an Burián, 12. 4. 1915, No. 16 A-D/pol., HHStA, PA, Kt. 897 P. A. I.

17) Dumba an Berchtold, 7. 10. 1914, No. fehlt, Mährisches Landesarchiv Brno, fond G. 138, Kt. 464.

18) Diese Ansicht verbreiteten während des Krieges die Briten, und sie fand auch Anklang in den USA. Der amerikanische Botschafter in London, Walter Hines Page, meldete, „Österreich werde von den Briten nicht mehr als unabhängige Macht betrachtet, sondern lediglich als deutscher Vasall wie die Türkei oder Bulgarien“. Aus: Walter Hines Page, 31. 12. 1915, The Papers of Woodrow Wilson, ed. by Arthur S. LINK, Vol. 35, Princeton, N. J. 1980, S. 415.

19) Das Wort „wahrscheinlich“ wurde auf Wilsons Ansinnen hin in das Memorandum eingefügt. Vgl. V. H. ROTHWELL, *British War Aims and Peace Diplomacy 1914–1918*, Oxford 1971, S. 34.

20) Die Deutschen versprachen nach scharfer Kontroverse mit den USA wegen der Versenkung des Schiffes *Sussex* in der Note vom 4. 5. 1916, nicht mehr ohne vorherige Warnung zivile Schiffe zu versenken. Wien war mit dieser Lösung zufrieden. Burián an Hohenlohe, 4. 5. 1916, No. fehlt, HHStA, PA, Kt. 844 Liasse Krieg 4c Deutschland 1916–1918, 5a Italien 1915.

mächte recht riskant. Der Präsident habe ihm zufolge „den Alliierten einen großen Dienst erwiesen, vielleicht einen größeren, als wenn es wirklich zum Bruch gekommen wäre“. Zugleich glaubte er, Wilson habe wertvolle Punkte im Wahlkampf gesammelt, wobei man „falls Wilson wirklich zur unverdienten Rolle des Friedensvermittlers berufen werden sollte, von ihm ‘proprio motu’ keine sympathische Haltung erwarten dürfe“.²¹

Die Motive der Politik des Präsidenten blieben der österreichisch-ungarischen Diplomatie ein Rätsel. Zwiedinek gab zu, „über die wahren Absichten des Präsidenten herrscht allgemeine Unklarheit“. Im Frühjahr 1916 kann es ihm nur um einen Wahlsieg gegangen sein. Der Baron schloss jedoch nicht aus, Wilson habe die „fixe Idee“, er müsse Großbritannien in der Sache des U-Bootkrieges zu Hilfe kommen. An die Ehrlichkeit von Wilsons humanistischen Idealen glaubte Zwiedinek zufolge kaum jemand.²²

Die Frage, was bedeutende Vertreter der Regierung zur Unterstützung der Interessen der Entente geführt haben mochte, blieb weiterhin offen. Der Präsident selbst war von der Möglichkeit der Vermittlung einer friedlichen Konfliktlösung offensichtlich bis zum Winter 1916/17 überzeugt, als er einen offenen, aber erfolglosen Friedensaufruf tätigte. Obwohl er innerlich vom Gegenteil überzeugt war, übte er in Wirklichkeit eine den westlichen Großmächten zugeneigte Politik. Lansing hingegen war, wie schon aufgezeigt wurde, langfristig ein Befürworter des Kriegseintritts der USA. Es werden zahlreiche Gründe für diese immer deutlicher zutage tretende Ausrichtung genannt, angefangen bei Handelsinteressen bis hin zum amerikanischen Messianismus. Im Krieg zur See vertrat die Regierung dann die Ansicht, Großbritannien beeinträchtige zwar mit seinen Handelsbeschränkungen amerikanische Wirtschaftsinteressen, Deutschland (und gelegentlich auch Österreich-Ungarn) jedoch würden wesentlich größeren Schaden anrichten, denn sie vernichteten das Leben unschuldiger amerikanischer Zivilisten.²³

Es ist nicht das Ziel diese Beitrags, die Diskussion über die Gründe der USA für ihren Kriegseintritt weiterzuführen. Es bleibt jedoch eine Tatsache, dass in den persönlichen und oft sehr vertraulichen Materialien aus den Nachlässen von Wilson, Lansing und House den wirtschaftlichen

Faktoren so gut wie keine Aufmerksamkeit gewidmet wird. In einem Brief an den Botschafter in Italien, Thomas N. Page, den er mit Wilsons Einverständnis abschickte, sprach Oberst House diese Tatsache an: „Our hopes, our aspirations and our sympathies are closely woven with the democracies of France and England, and it is this that causes our hearts and potential economic help to go out to them and not the fear of what may follow for us in their defeat.“²⁴

Aus diesen Gründen ist es etwas paradox, dass ausgerechnet Wilson zum Symbol der Friedenspolitik wurde. Auf dem Nominierungskongress der Demokratischen Partei, der Mitte Juni 1916 in St. Louis stattfand, betonte der Präsident zwar seine bis dahin erfolgreichen Anstrengungen, die USA aus dem Krieg herauszuhalten, mahnte jedoch, der Krieg habe eine Situation geschaffen, in der es unerlässlich sei, aktiver als bisher auf der internationalen Szene aufzutreten: „Wir halten dafür, dass es die Pflicht der Vereinigten Staaten ist, nicht nur sich zu Hause zu sichern, sondern auch ihre berechtigten Interessen in der ganzen Welt sicherzustellen...“²⁵ Den österreichisch-ungarischen Diplomaten war es nicht entgangen, dass Wilson gleichzeitig versuchte, an die patriotischen Gefühle der Zuhörerschaft zu appellieren. Hart, wenn auch nicht direkt, kritisierte er die illoyale Haltung einiger Einwanderer. Er zielte dabei hauptsächlich auf die irische und die deutsche Minderheit. Die Kritik an den sogenannten „gespaltenen“ (hyphenated) Amerikanern setzte sich auch nach dem Kongress fort und erreichte nach dem Kriegseintritt der USA ihren Höhepunkt.

Während die Nominierung Wilsons im Prinzip schon vorher sicher war, sah es bei der Opposition ganz anders aus. Diese hatte nämlich 1912 ein Streit mit der sog. Progressiven Partei, die unter der Führung des ehemaligen republikanischen Präsidenten, Theodore Roosevelt, entstanden war, geschwächt. Schon damals hatte der Streit zum Sieg Wilsons beigetragen. Im Jahre 1916 beschloss Roosevelt zwar, nicht für die Progressive Partei zu kandidieren, auf dem Kongress der Republikaner in Chicago gelang es jedoch nicht, den Konflikt vollständig beizulegen. Roosevelts kriegerische Rhetorik sowie seine Kritik an der Wilson-Regierung wegen ihrer angeblich feigen Haltung gegenüber Deutschland weckten bei rechtgläubigen Republi-

21) Zwiedinek an Burián, 6. 5. 1916, No. 14 A-B/pol., HHStA, PA, Kt. 52 P. A. XXXIII USA Ber., Varia 1915–1917, Weis. 1916–1917 (weiter nur Kt. 52 P. A. XXXIII).

22) Zwiedinek an Burián, 27. 4. 1916, No. 13/Pol., HHStA, PA, Kt. 844 P. A. I.

23) Zwiedinek an Burián, 8. 6. 1916, No. 17 A-B/Pol., HHStA, PA, Kt. 52 P. A. XXXIII.

24) House an T. N. Page, 4. 8. 1915, Library of Congress, Washington D. C., Woodrow Wilson Papers, Series 2, Reel 72.

25) Zwiedinek an Burián, 22. 6. 1916, No. 19/pol., HHStA, PA, Kt. 52 P. A. XXXIII.

kanern Befürchtungen.²⁶ Anstelle des von Roosevelt vorgeschlagenen Senators Henry Cabot Lodge wählte der Kongress am Ende den oben genannten Charles Evans Hughes.

Dieser war besonnener auf dem Gebiet der Außenpolitik. Im Gegensatz zu Roosevelt verwendete er keine Kriegsrhetorik. Tatsächlich entsprach seine Haltung in vielem den Ansichten der von den Demokraten geführten Regierung. Ähnlich wie der Präsident berief er sich auf amerikanische Tugenden: „*Meine Stellung ist die eines unverfälschten Amerikanismus und jeder, der mich unterstützt, unterstützt einen Mann, der ganz und gar Amerikaner ist...*“ Auf konkrete Fragen den Krieg in Europa betreffend gaben die Republikaner auf ihrem Kongress nur pythische Antworten. Der Kern ihrer Botschaft an die amerikanischen Wähler war die Versicherung, die Partei werde ihre von den Krieg führenden Mächten beeinträchtigten Rechte schützen. Zugleich wurde aber betont, dass sich die Republikaner den Frieden wünschen, und dass sie „für die Aufrechterhaltung einer strengen und ehrlichen Neutralität...“ sind.²⁷

Das Wahlergebnis wurde in der österreichisch-ungarischen Botschaft in Washington als äußerst unsicher angesehen. Baron Zwiedinek bezweifelte deshalb die Richtigkeit der Entscheidung Berlins, Hughes zu unterstützen und mithilfe der Stimmen der deutschen Einwanderer zu dessen Gunsten zu entscheiden. Der republikanische Kandidat hatte nämlich vor dem Krieg Deutschland besucht, bewundernd über die altgermanische Tradition der Freiheit gesprochen sowie den Patriotismus der deutschen Einwanderer in den USA gelobt.²⁸ Der Baron warnte Wien jedoch, die Deutschen würden die Bedeutung dieser Wählergruppe überschätzen, und falls Wilson die Wahl gewinne, würden die Mittelmächte unangenehme Folgen zu tragen haben. Er machte auch darauf aufmerksam, Hughes' tatsächliche Absichten im Bereich der Außenpolitik seien nicht offensichtlich, und es sei nicht sicher, ob er ihnen gegenüber eine entgegenkommende Haltung zeigen wür-

de. Übrigens ging es nicht um Hughes allein. Am Wahlkampf der Republikaner hatte sich auch Roosevelt als Hughes' Unterstützer beteiligt, und dieser kritisierte weiterhin die Deutschen scharf wegen ihrer Politik auf See.²⁹

Zwiedinek setzte offensichtlich im Gegensatz zu den Angehörigen der deutschen Botschaft (in Berlin herrschte betreffs Hughes ebenfalls Unsicherheit)³⁰ auf den Wahlerfolg des amtierenden Präsidenten. Beide Hauptkandidaten standen seiner Ansicht nach für einen prinzipiell gleichen außenpolitischen Kurs, wobei „*der ganze Unterschied zwischen (dem glatt rasierten – Anm. V. H.) Wilson und Hughes (mit Vollbart – Anm. V. H.) von einem Barbier in fünf Minuten beseitigt werden könnte*“. Wilson kamen jedoch einige Faktoren zupass: Hughes stellte in erster Linie keine Persönlichkeit dar, die die Massen anzog, was bei faktischem Nichtvorhandensein von gravierenden Programmunterschieden zwischen Republikanern und Demokraten besonders hervortrat. Die Progressive Partei, die trotz Roosevelts Desertion zurück zu den Republikanern weiterhin existierte, nahm diesen auch weiterhin Stimmen weg. Und nicht zuletzt war Hughes in der Außenpolitik ein Neuling, während Wilson versprach, die bis dahin überwiegend erfolgreiche Politik der Neutralität fortzuführen.³¹

Im Laufe des Wahlkampfes bewegten sich die Republikaner auf einem sehr schmalen Grat, als sie die Regierung für deren wenig konsequente Verteidigung der Rechte der Amerikaner gegenüber den Krieg führenden Mächten kritisierten und gleichzeitig leugneten, Amerika in den Krieg verwickeln zu wollen. Hughes behauptete, „*die Alternative zu einer schwachen und zögerlichen Politik sei keinesfalls der Krieg, sondern das feste Beharren auf den bekannten Rechten...*“ Auf die Kritik der Demokraten, er übe eine Kriegspolitik, antwortete Hughes: „*Eine Stimme für mich ist eine Stimme für dauernden Frieden, gestützt auf Selbstrespekt und die Achtung und den Respekt für Andere.*“³²

Diese Worte stellten Hughes und Roosevelt jedoch in Frage mit ihren Antworten auf die Frage, wie sie an Wilsons Stelle in der Angelegenheit der Versenkung der *Lusitania* mit Bürgern der USA an Bord gehandelt hätten. Hughes betonte, er hätte schon im Voraus klar zu verstehen gegeben,

26) Roosevelt beispielsweise verurteilte die seiner Ansicht nach zu vorsichtige Haltung des Präsidenten gegenüber Deutschland nach der Versenkung des britischen Dampfers *Lusitania* durch ein deutsches U-Boot, in dessen Folge etwa 120 Bürger der USA ums Leben kamen. Wilsons bekannte Devise „too proud to fight“ bezeichnete er als Gipfel der „feigen Schändlichkeit“ (the nadir of cowardly infamy), P. DEVLIN, *Too Proud to Fight. Woodrow Wilson's Neutrality*, New York, London 1975, S. 337.

27) Zwiedinek an Burián, 14. 6. 1916, No. 18/pol., HHStA, PA, Kt. 52 P. A. XXXIII.

28) Zwiedinek an Burián, 14. 10. 1916. Mp- 33/pol., HHStA, PA, Kt. 52 P. A. XXXIII.

29) Zwiedinek an Burián, 19. 10. 1916, No. 34/pol., HHStA, PA, Kt. 52 P. A. XXXIII.

30) Hohenlohe an Burián, 2. 10. 1916, No. 108/P-B, HHStA, PA, Kt. 172 P. A. III Preussen Weisungen, Varia 1915, Ber., Weisung., Varia 1916.

31) Zwiedinek an Burián, 15. 8. 1916, No. 25/pol., HHStA, PA, Kt. 52 P. A. XXXIII.

32) Zwiedinek an Burián, 22. 10. 1916, No. 35-A-D/pol., HHStA, PA, Kt. 52 P. A. XXXIII.

dass die USA ihre diplomatischen Beziehungen mit dem Angreifer abbrechen würden. Er behauptete, es wäre dann zu keiner Versenkung gekommen. Roosevelt ging noch weiter. Er erklärte, an Wilsons Stelle würde er die in amerikanischen Häfen internierten Schiffe beschlagnahmen und dann mit Berlin verhandeln, „*aber nicht darüber, was wir geben, sondern darüber, was wir zurückgeben*“. Die Demokraten interpretierten diese Erklärung als Beweis für die kriegerischen Ambitionen der Republikaner.³³

Die am 8. November 1916 stattfindenden Wahlen bestätigten sowohl Zwiedineks Setzen auf Wilson als auch seine Ansicht, der Sieg des amtierenden Präsidenten würde sehr knapp ausfallen. Am Anfang schien es so, als ob Hughes gewinnen würde. Er hatte die Stimmenmehrheit in den zuerst ausgezählten und hinsichtlich der Wähler bedeutendsten Staaten New York, Pennsylvania und Illinois. Erst vier Tage nach der Wahl, nach der Stimmenauszählung in Kalifornien, Neumexiko und einigen weiteren Staaten, wurde klar, dass Wilson Wahlsieger ist.³⁴ Es hatten ihn auch die eher isolationalistischen Staaten des Südens, des fernen Westens und teilweise auch des Mittelwestens gewählt, während Hughes an der dem Kriegseintritt zugelegten Ostküste dominierte. Trotz der Bemühungen der deutschen Botschaft und der deutschen Vereine wählten die deutschstämmigen Bürger genauso wie die übrige Bevölkerung. Aus diesem Grunde gewann Hughes auch nicht in den Domänen der Deutschen wie St. Louis und Milwaukee. Ähnlich unterstützten auch die amerikanischen Iren Wilson, wenn auch eher aus innenpolitischen Gründen.³⁵

Zwiedinek nahm Wilsons Wahlsieg mit leichtem Optimismus auf. Er war von Hughes' aufrichtiger Neutralität überzeugt, in der republikanischen Partei gab es aber im Vergleich zu den Demokraten noch mehr Politiker, die für die Entente waren. Minister Burián wies auf die verfrühte Freude eines Teils der britischen Presse über Hughes' Sieg hin. Diese Tatsache könnte Wilson später in seinem probritischen Kurs bremsen. In einer eventuellen Niederlage Wilsons sah er jedoch lediglich den Vorteil, dass der Präsident bis zur Amtsübergabe im Weißen Haus an seinen Nachfolger eine vorsichtiger

Außenpolitik üben würde.³⁶ Ein Sieg des amtierenden Präsidenten würde allerdings theoretisch Raum für einen aggressiveren Kurs schaffen. Zwiedinek unterschätzte keineswegs das Gewicht der probritischen Elemente in der Wilson-Regierung. Die Erfolge der deutschen U-Boote, die sich trotz der von Berlin 1916 angenommenen Einschränkungen im U-Bootkrieg einstellten, wurden in diesen Kreisen mit Beunruhigung aufgenommen. Deshalb sah er trotz Wilsons Sieg der Zukunft mit Sorge entgegen und warnte vor Exzessen auf See.³⁷

Österreich-Ungarn betrachtete also im Wahljahr 1916 beide Hauptkandidaten für das Amt des Präsidenten der Vereinigten Staaten mit Skepsis. Der amtierende Präsident Wilson wurde zwar nicht als wirklich neutrale Person gesehen, sondern probritischer Sympathien verdächtigt, größere Befürchtungen hegte Wien jedoch für den Fall eines Wahlsieges des Gegenkandidaten Hughes. Die kampfeslustigen Auftritte Theodor Roosevelts und einiger anderer Politiker der Opposition führten in der Stadt an der Donau zu dem Schluss, die bisher amtierende Regierung würde für die Mittelmächte in der Zukunft ein geringeres Risiko darstellen als eine republikanisch geführte.

33) Zwiedinek an Burián, 22. 10. 1916, No. 35-C/pol., HHStA, PA, Kt. 52 P. A. XXXIII.

34) Zwiedinek an Burián, 15. 11. 1916, No. 38/P.-A., HHStA, PA, Kt. 52 P. A. XXXIII.

35) J. M. COOPER, *The Vanity of Power. American Isolationism and the First World War 1914-1917*, Westport, Conn. 1969, S. 123.

36) In Wirklichkeit war Wilson entschlossen, für diesen Fall Hughes zum Außenminister zu ernennen und dann gemeinsam mit dem Vizepräsidenten zurückzutreten. Gemäß der Verfassung würde Hughes automatisch sein Nachfolger werden, und man müsste nicht erst bis zum 4. März 1917, wenn der neue Präsident offiziell sein Amt übernehmen sollte, warten. DEVLIN, S. 532.

37) Zwiedinek an Burián, 15. 11. 1916, No. 38 B Pol., HHStA, PA, Kt. 52 P. A. XXXIII.